Eduard Haug

Warum erhielt Elsaß-Lothringen so spät seine Autonomie?

„Der Westen", Beiheft 12
Gesellschaft der Freunde und Förderer der
Erwin von Steinbach-Stiftung
Filderstadt-Bernhausen
1988
ISSN 01798-6119

Diese Schrift ist das 12. Beiheft des Mitteilungsblattes „Der Westen", das von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung, Wiesenstraße 110, D-7024 Filderstadt-Bernhausen, herausgegeben wird.

Folgende Beihefte sind noch lieferbar:

Beiheft 4: Die Dreihundertjahrfeier der Annexion der Reichsstadt Straßburg (30. September 1681–30. September 1981), herausgegeben von Eduard Haug und Dietrich Pfaehler. 28 Seiten (1981)

Beiheft 5: Eduard Haug: Erhält die angestammte deutsche Sprache der Elsässer und Deutschlothringer endlich die ihr gebührende Stellung? 12 Seiten. (1982)

Beiheft 6: Eduard Haug: Kulturelle Demokratie und Recht auf Verschiedenheit. Ändert der Pariser Zentralismus seine Haltung zu den sprachlichen Minderheiten in Frankreich? 15 Seiten (1984)

Beiheft 7: Eduard Haug: Die Lage der Minderheiten in Westeuropa. Erste Anhörung europäischer Minderheiten vor einem Unterausschuß des Europarates in Straßburg. Mit einer Dokumentation der vier Stellungnahmen aus dem Elsaß und aus Lothringen.

Beiheft 8: Theo Wolff: Ein Blick auf die heutige Lage der elsässerdeutschen Sprachgemeinschaft. 11 Seiten (1985)

Beiheft 9: Michael Ertz: Die Elsässer vor der Herausforderung der Geschichte. Überlegungen anhand einer Würdigung des Werkes von Eugen Philipps. 16 Seiten. (1986)

Beiheft 10: Gustav Woytt: Deutsch im Elsaß / Theo Wolff: Zweisprachigkeit in Land und Kirche. 12 Seiten (1986)

Beiheft 11: Rolf Sauerzapf: Wo die deutsche Sprache in Europa am meisten bedroht ist. 11 Seiten (1986)

© 1988 by Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung, Filderstadt-Bernhausen

Verantwortlich für den Inhalt: Eduard Haug und Dietrich Pfaehler

Nachdruck gegen Übersendung von zwei Belegexemplaren gestattet

Druck: Druckerei Richard Mack GmbH, 8744 Mellrichstadt
Printed in Germany 1988

Elsaß-Lothringen wurde durch Reichsgesetz 1911 ein Bundesstaat wie jeder andere Bundesstaat des Deutschen Reiches und schickte drei Vertreter in den Bundesrat, der die einzelnen Länder vertrat. Ganz vollkommen war dieser Zustand noch nicht, denn das Land konnte weder sein Oberhaupt wählen – dies blieb der Kaiser – noch seine Verfassung bestimmen, aber sein Landtag wurde in allgemeiner, freier und geheimer Wahl bestimmt, und dieser hatte das Recht, den Haushalt festzusetzen und alle lokalen Gesetze zu bestimmen.

Es kann kaum einen Streit darüber geben, daß diese so späte Gewährung des Status eines (fast) gleichberechtigten Bundeslandes im Rahmen des Reiches ein Fehler war. Auch nicht darüber, daß eine weit frühere Gewährung dieser Verfassung den Elsaß-Lothringern ein viel festeres Eigenbewußtsein gegeben und Frankreich 1918 gezwungen hätte, sich mit der elsaß-lothringischen Regierung und dem elsaß-lothringischen Parlament auseinanderzusetzen, statt so zu tun, als ob sich seit 1871 im Lande nichts geändert hätte, und nach dem Einmarsch seiner Truppen einfach seine von Paris bestallten und diesem allein verantwortlichen Beamten zu ernennen. Die französische Kammer hätte nicht nach der Fiktion, Frankreich trete einfach wieder in seine Rechte von vor 1871 ein, von Paris aus jedes Gesetz für das Land bestimmen können, das wieder nur in drei Départements fortexistierte, die sich von den anderen Départements in Frankreich nicht unterschieden.

War aber nur Berlin an dieser späten Gewährung schuld? Handelte es sich nur um den despotischen Willen der Reichsregierung und des Reichstages? Kein Zweifel: Viele, die aus den „altdeutschen" Gebieten kamen – als ob nicht das Elsaß wie Deutschlothringen schon im 11. Jahrhundert altdeutsch gewesen wären – waren nicht dazu geboren, die Herzen von Leuten in einem Lande, das 200 Jahre unter fremder Herrschaft gelebt hatte, im Sturme zu gewinnen. Auch die von Berlin oder vom Statthalterpalais aus betriebene Politik war oft recht ungeschickt. Das hat vieles erschwert. Es war auch tatsächlich ausgeschlossen, dem Lande gleich nach seinem Anschluß an das neugeschaffene Reich die gleichen Rechte wie einem Bundesstaat zu geben, der im Laufe der Zeit – nicht zuletzt durch eigenmächtiges Eingreifen Napoleons I. – ein in sich geschlossenes Gebiet geworden war. Elsaß-Lothringen war vorher nie eine politische Einheit gewesen. Das Elsaß und Lothringen standen sich sehr fremd gegenüber, auch das Oberelsaß und das Unterelsaß hatten sich als zwei Départements auseinandergelebt; sie waren durch zwei allein Paris gegenüber verantwortliche Präfekten verwaltet worden, ohne daß der ehemalige Zusammenhang geachtet worden wäre.

Dazu kam, daß die Bewohner, obwohl sie in der großen Mehrheit deutsche Mundarten redeten, die denen in Baden, der Pfalz und der Saargegend ganz nahe verwandt waren, kaum mehr das Bewußtsein hatten, Deutsche zu sein, auch wenn sie den Unterschied zu den „Welschen" meist sehr deutlich spürten. Aber sie oder ihre Väter hatten den Siegestaumel der Armeen Napoleons in ganz Europa miterlebt. Der Sog von Paris, dem Zentrum eines bis aufs äußerste zentralisierten Staates, war immer mächtiger geworden. Die Oberschicht – wie im ganzen deutschsprachigen Gebiet – war seit dem Sonnenkönig immer stärker dem Einfluß der französischen Kultur und der französischen Sprache erlegen, ohne daß nach den Befreiungskriegen eine Gegenströmung wie in anderen Gebieten eingetreten wäre.

Es mußte also auf jeden Fall eine zeitlich begrenzte Übergangslösung gefunden werden: Reichstag, Bundesrat, die kaiserliche Regierung bekamen zuerst allein das Sagen. Aber wie lange konnte man, wollte man der Bevölkerung diesen Zustand zumuten? Sollte es ein Dauerzustand werden? War dies die Absicht Bismarcks?

In „Gedanken und Erinnerungen" hat er sich zu der Frage nicht geäußert, wohl aber in seinen Reichstagsreden, wie wir sehen werden. Er empfing auch sehr bald Abordnungen aus dem Lande, so im März 1872, also kein Jahr nach dem Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871, eine, der die Herren Julius Sengenwald, der Präsident der Handelskammer von Straßburg, Xaver Josef Nessol, der Bürgermeister von Hagenau, R. Reinhard, Fabrikdirektor in Erstein, Herrenschmidt, Großindustrieller zu Straßburg und Graf Ferdinand von Dürckheim-Montmartin aus altem elsässischen Adel angehörten.

Graf Dürckheim hat in „Erinnerungen alter und neuer Zeit" ausführlich über die Unterredungen, die sie alle gemeinsam und er persönlich mit dem Fürsten gehabt haben, berichtet (Dürckheim, S.462–467): *Sämtliche Herren hatten den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland ohne Hintergedanken als fait accompli anerkannt und sich zu einem würdevollen Entgegenkommen im Interesse ihres näheren Vaterlandes bereit erklärt. Die erste Audienz, die mir vom Fürsten separatim zuteil wurde, verlief unter dem schnellen Austausch allgemeiner Betrachtungen über die Lage und Stimmung der Bevölkerung der annektierten Lande, doch nicht ohne einige bestimmte Versicherungen von seiten des Fürsten.*

Ich will seine stereotypen Worte hier genau verzeichnen. Er sagte: ‚Da ich die Hauptschuld an der Zurücknahme des Elsasses unter deutschen Schutz trage, so fühle ich mich verbunden, das Wohlergehen der wiedergewonnenen Reichslande zum Gegenstand einer besonderen, rücksichtsvollen Aufmerksamkeit zu machen.... Stehen die Herren, die Sie begleiten,' fuhr der Fürst fort, ‚wie Sie selbst, Graf, auf dem Boden der Friedenspräliminarien?' – und, als ich dies bejaht hatte, sagte er: ‚Das ist alles, was wir brauchen, um uns gegenseitig zu verständigen.

Elsaß-Lothringen wird in jeder Hinsicht den anderen deutschen Staaten gleichgestellt werden, und ich hoffe, daß es einer tätigen und weisen Verwaltung gelingen wird, in nicht zu ferner Zeit die Schmerzen des Krieges und der Umwandlung vergessen zu machen.'

Als ich die Frage äußerte, welche Form der Fürst der künftigen Regierung der Reichslande zu geben gedenke, sagte er: ‚Sie werden ein Vaterland bekommen, das dem ganzen Reich und niemand anderem angehören kann. Das Reich überträgt jedoch durch den Bundesrat Seiner Majestät dem Kaiser die landesherrlichen Rechte: Ihr Souverain ist Kaiser Wilhelm, wie er der Herrscher über das ganze Reich ist.'

Man hatte, bemerkte ich schüchtern, von einem deutschen Fürsten gesprochen, der die Regentschaft in Elsaß-Lothringen übernehmen würde.

‚O! das leide ich nicht, fiel der Fürst rasch ein; die hohen Herrschaften taugen für solche Arbeit nicht, wir bedürfen im Elsaß nur Arbeiter, keiner Fürsten und Hofchargen....'

Die Delegation blieb acht Tage in Berlin und hatte wiederholt Besprechungen mit dem Fürsten. In jedem seiner Worte drückte sich der Wunsch aus, daß sich die neuen Einrichtungen ganz nach den Bedürfnissen des Landes und seinen Gewohnheiten gemäß gestalten möchten

Was die Verfassung betrifft, welche dem Land gegeben werden könnte, so sprach sich der Kanzler darüber nicht aus, wahrscheinlich, weil er über diesen Punkt mit sich selbst noch zu Rate gehen und manches von den Umständen abhängig machen wollte. Doch betonte er oftmals, daß es sehr wünschenswert sei, die Elsässer beteiligten sich soviel als möglich an der Verwaltung ihres Heimatlandes ..."

Bismarck lud die Delegation zu einem Diner ein, dabei „... *sprach* (der Fürst) *dann von seinem Plan, ein elsässisches Ministerium zu gründen, zu dessen Bildung hauptsächlich elsässische Persönlichkeiten herangezogen werden sollten ...*" Die Delegation ist auch zur Geburtstagsfeier des Kaisers eingeladen. Sowohl der Kaiser wie die Kaiserin sind sehr freundlich zu den elsässischen Gästen, die Kaiserin spricht mit ihnen *„in französischen, ausgesuchten Worten..."* Es sind an die 800 Persönlichkeiten eingeladen, die Elsässer sitzen an der Tafel des Herrschers selber. Sie kehren nach Straßburg zurück: *„Nach einigen Diners und Abendvereinigungen mit Reichstagsmitgliedern, Ministern und hohen Beamten konnten wir unsere Rückreise insofern befriedigt antreten, als wir die Überzeugung erhalten hatten, daß unser Land mit großem Wohlwollen und nicht wie eroberte Provinzen behandelt werden würde.*

Als wir in Straßburg mit so günstigen Nachrichten ankamen, wurden wir von den einen freudig begrüßt, aber von den sogenannten Unversöhnlichen heftig angefeindet. Für Straßburg insbesondere war unsere Aufgabe glücklich gelöst worden, denn wir erschienen mit einigen Millionen Kriegsentschädigung – und dennoch schalt man uns als Prussiens."

So erging es einem jeden, der, aus welchen Gründen auch immer – meist aus Sorge um die Zukunft seines Heimatlandes – sich bewußt wurde, daß Enthaltung zu nichts führen könnte – auf irgendeine Art mit den Reichsbehörden zusammenarbeitete. Untere Beamte wie Förster, die ihren Wald weiterhin betreuten, wurden ebenso als Verräter gebrandmarkt wie hochgestellte Persönlichkeiten. Dafür sorgte die „Ligue d'Alsace", die engste Beziehungen zu Gambetta hatte.

Für uns ist es wichtig festzustellen, daß die von Bismarck dem Grafen Dürckheim gegenüber entwickelten Gedanken genau denen entsprechen, die er in seinen Reden vor dem Reichstage aussprach. Am 2. Mai 1871, noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Frankfurt, bittet er die Abgeordneten, nicht *„für die Ewigkeit Gültiges"* machen zu wollen. Entwicklung und Erfahrung sollen belehren. Am 25. Mai sagt er, man müsse die Elsässer hören: *„Je mehr sich die Bewohner des Elsaß als Elsässer fühlen werden, um so mehr werden sie das Franzosentum abtun. Fühlen sie sich erst vollständig als Elsässer, so sind sie zu logisch, um sich nicht gleichzeitig als Deutsche zu fühlen"*. Er hält *„... es für ratsam, hier wie überall so weit zu gehen, wie irgend mit der Sicherheit des Reiches und des Landes verträglich sein wird ..."* Den Elsaß-Lothringern gegenüber fühlt er sich *„... berufen, der Advokat in dem neuen Staatswesen, dem sie beitreten..."* zu sein. Weiter: *„... warum wir dieses Land gewissermaßen unter eine Reichsvormundschaft stellen wollen, das kann ich nicht verstehen"*. (Unter anderen hatte der Historiker v.Treitschke im Reichstage solche Gedanken entwickelt.) In der gleichen Rede führt der Kanzler aus: *„Ich erwarte kein Heil von einer dauernden Einrichtung, die dem Reichstag das Detail der Landesgesetzgebung übertragen soll, und würde es nebenher als große Ungerechtigkeit und Rechtsbeeinträchtigung der Elsässer betrachten, daß, während alle übrigen deutschen Stämme den erheblichen Teil ihrer Angelegenheiten, den die Reichsverfassung nicht berührt, selbständig behandeln, sie allein davon ausgeschlossen sein sollten, um in stärkerer Weise und von Abgeordneten, die sie ihrerseits nicht gewählt haben, bevormundet zu werden, als bei anderen der Fall ist"*.

So sprach er zur Zeit seiner „Jugendliebe" zum eben geborenen Reichslande, wie er sich später einmal ausdrückte. Es ist zu betonen, daß, wenn er „Elsaß" sagt, er den noch nicht geläufigen Begriff „Elsaß-Lothringen" im Kopf hat. Er hatte eine etwas zu optimistische Vorstellung der Entwicklung und hatte gedacht, es könnte alles schneller gehen, als es dann in Wirklichkeit ging, obwohl er sich sehr klar bewußt war, daß die Elsaß-Lothringer in den großen, zentralisierten französischen Staatsverband hineingewachsen waren. Er wußte aber genauso, wie stark das ererbte Volkstum erhalten geblieben war, und hoffte, bei genügender Geduld würde sich dieses durchsetzen.

Elsaß-Lothringen erlebte aber zuerst einmal stürmische Zeiten, solche, die aus eigenen Problemen erwachsen waren, und solche, die das ganze Reich angingen und es in Mitleidenschaft zogen wie der „Kulturkampf", danach die Entstehung bzw. der Versuch der Abwehr der Sozialdemokratie. Diese wirkten natürlich auf die Haltung der Bevölkerung und konnten die innere Bejahung des eingegtretenen Wechsels nicht fördern. Doch es geht hier zunächst einmal um die Frage, wie Berlin- und hauptsächlich Bismarck – die Stellung des Reichslandes innerhalb des Reiches weiterhin gestalten wollten bzw. gestalteten.

Für die Zeit gleich nach der Reichsgründung hat uns Graf Dürckheim über die Absichten Bismarcks berichtet. Der Ausgang der Reichstagswahlen 1874 hat natürlich dessen „Jugendliebe" zu den zurückgewonnenen Provinzen nicht gefördert. Der Abgeordnete Lelance von Mülhausen, ein Liberaler, berichtet über die Kräfte, die diese Wahl bestimmt haben: *„Nach dem Rate Gambettas stellten wir die katholischen Geistlichen in den Vordergrund"*. (Bronner S. 42). Vergessen wir nicht, daß zu dieser Zeit der Kulturkampf seinem Höhepunkt zutrieb! Lalance war evangelisch, er stellte um des Protestes willen seine Weltanschauung zurück. Dies tat auch der Zaberner Abgeordnete Teutsch, ebenfalls ein Evangelischer, der dann in der Sitzung des 18. Februars 1874 die Protesterklärung vorlas, die wiederum Gambetta verfaßt haben soll. Übersetzt hätte sie Leopold Sonnemann von der Frankfurter Zeitung (Schneegans S. 230). Dies und die Ablehnung jeglicher Mitarbeit im Reichstag durch die Abgeordneten konnte natürlich die Bereitwilligkeit Bismarcks und der Reichstagsabgeordneten, Elsaß-Lothringen eine Verfassung zu gewähren, die es einer Selbständigkeit innerhalb des Reiches entgegengeführt hätte, nicht fördern.

Doch kaum erklärten sich nach den Wahlen vom 10. Januar 1877 die autonomistischen Abgeordneten, die im Unterelsaß fast überall gesiegt hatten, zu Verhandlungen und zur Mitarbeit bereit, so fanden sie bei Bismarck schon wieder Gehör. Über diese Phase berichtet ausführlich der Zaberner Abgeordnete August Schneegans.

Er ist nicht unumstritten, denn er hatte im März 1871 die Protesterklärung von Bordeaux, die ebenfalls von Gambetta verfaßt worden war, unterschrieben, hatte danach sehr nationalfranzösische Schriften verfaßt, war aber, wie er schreibt, vom Verhalten der Franzosen abgestoßen worden und war vor allem auf Bitten seines Freundes Jules Klein, der unter den Straßburger Liberalen eine führende Rolle einnahm, im August 1873 ins Elsaß zurückgekehrt, obwohl er für Frankreich optiert hatte und deshalb vorerst die französische Staatsangehörigkeit besaß. Es ist hier nicht der Ort, noch einmal die Frage aufzuwerfen, inwiefern er bona fide handelte, um seiner Heimat, die steuerlos dahintrieb, zu helfen, oder als Streber, der hoffte, im Deutschen Reiche zu einer hohen Stelle zu gelangen, Frankreich den Rücken gekehrt hat, dies hat Fritz Naschold gründlich getan und ist zum Schlusse gekommen, Schneegans wollte vor allem seiner Heimat dienen, mit der er sich verbunden fühlte.

Uns interessiert die Haltung des Reichstages und vor allem die Bismarcks. Schon am 24. Februar, sechs Wochen nach der Wahl, wurden die autonomistischen Abgeordneten von Bismarck empfangen. Dieser erklärte nach den Ausführungen ihres Sprechers, August Schneegans: *„Die Bestrebungen der autonomistischen Partei seien ihm bekannt und auch sympathisch; auch in der Regierung bestehe der Wunsch, die elsaß-lothringischen Verhältnisse nach der besagten Richtung hin, wenn auch vielleicht noch nicht in dem von uns gehofften Umfang, zu entwickeln. Vieles hänge von der Haltung der Bevölkerung selber ab; wenn diese sich ohne Hintergedanken auf den Boden der Friedensverträge stellt, so stünde der Verwirklichung unserer Hoffnungen im wesentlichen nichts entgegen..."* (Schneegans S. 309).

Schneegans wurde sehr schnell der führende Kopf der Autonomisten. Als solcher wurde er von der „Ligue d'Alsace" sofort zum Verräter gestempelt. Vor ihm war dies schon dem Bürgermeister von Münster, F. Hartmann, auch einem, der 1871 den Protest von Bordeaux unterschrieben hatte, passiert, nachdem er erklärt hatte *„daß, da das Elsaß nicht mehr französisch sei, es elsässisch sein müsse und von Deutschland eine autonome Konstitution zu erhalten suchen solle, die es den anderen Staaten gleichstelle. Dies schloß offenbar auch die Gleichheit der Pflichten in sich."* (Hiery S. 150) Auch hier wie bei Schneegans keine Begeisterung über die neuen Zustände, aber die nüchterne Überlegung, daß dem Heimatlande zu dienen die erste Pflicht der Elsaß-Lothringer sei. Das von Hartmann, dann von Schneegans Bismarck und dem Reichstage gegenüber ausgesprochene Ziel beherrschte die Bestrebungen der Elsaß-Lothringer, bis es 1911 beinahe erreicht war. Das war zu spät. Erst recht zu spät kam die Maßnahme, durch die der Altelsässer Dr. Rudolf Schwander vier Wochen vor dem Waffenstillstand 1918 zum Statthalter und ebenfalls ein Elsässer, Karl Hauß, zum Staatssekretär, also zum Ministerpräsidenten bestimmt wurden. In greifbare Nähe war die Autonomie schon 1877 gerückt: Bismarck ermunterte die autonomistischen Abgeordneten, bei der Vorlage eines Verfassungsentwurfes am 17. März 1877 das Wort zu ergreifen. Um sich leichter Gehör zu verschaffen, hatten sie vorher vor verschiedenen Fraktionen gesprochen. Sie erklärten dabei, obwohl ihnen dies schwer fiel: *„Wir treten vor Sie als deutsche Abgeordnete eines deutschen Landes."* (Schneegans S. 321). Mit dieser Erklärung erreichten die autonomistischen Abgeordneten die Unterstützung reichsdeutscher Parteien.

Auf der parlamentarischen Sonnabendsoiree am 3. März 1877 sagte Bismarck zu Schneegans: *„Auch er sehne den Zeitpunkt herbei... wo man dem Reichslande seine eigene Landesvertretung und eigene Regierung mit dem Sitz in Straßburg geben könne."* (Schneegans S. 348). In diesem Zusammenhang sprach er davon, den deutschen Kronprinzen als Souverän nach Straßburg zuschicken, eine Personalunion mit Preußen wolle er nicht, dies würde bald zur Realunion führen: *„Sie müssen ein kleiner Staat werden; in einem kleinen Staate befinden Sie sich auch besser als in einem großen Reich, wo Sie unter den 25 Millionen untergehen würden."* (Schneegans S. 351). Elsaß-Lothringen wäre also ein „Kronprinzenland" geworden. Das Attentat von Hoedel am 14. Mai 1878 und das von Nobiling am 2. Juni desselben Jahres auf Kaiser Wilhelm I. machten das Projekt hinfällig, der Kaiser wollte seinen Sohn in seiner Nähe wissen. So mußte eine andere Persönlichkeit gefunden werden, die der Kaiser zum Statthalter ernennen würde.

Schon vorher hatte Jules Klein, der Freund von Schneegans, gemeint, es würde schwerfallen, geeignete Elsaß-Lothringer für Ministerposten zu finden: *„Von den damaligen Elsässern hielt er eigentlich keinen für geeignet, einen Ministerposten zu bekleiden, entweder wegen ihrer Vorbildung oder wegen ihres Alters oder aus anderen Gründen."* (Schneegans S. 354).

Die Frage nach der Verfassung von Elsaß-Lothringen bleibt in Berlin aktuell, auch in der kaiserlichen Familie. Schon am 22. Februar 1877 bei einem Souper am Hofe läßt die Kaiserin Schneegans aus einer Gruppe von Abgeordneten bitten, begrüßt ihn sehr freundlich, bittet ihn, ihr zu sagen, wo die Elsässer der Schuh drückt, unterhält sich lange mit ihm und sagt zum Schluß: *„Geben Sie die Hoffnung nicht auf. Es muß, es wird besser werden."* (Schneegans S. 377).

Am Tage darauf ist Schneegans beim Kronprinzen zu Gast. Dieser nimmt ihn beiseite und fordert ihn auf: *„Packen Sie aus!"* Er verspricht ihm seine Unterstützung. (Schneegans S. 379).

Am Abend des gleichen Tages begibt sich Schneegans zur parlamentarischen Soiree Bismarcks, dieser spricht privat mit ihm und sagt: *„Wir müssen in dieser Session die elsaß-lothringischen Angelegenheiten regeln, es kann ja nicht so fortgehen; es geht wohl sehr schlecht."* Schneegans legt ihm die Verhältnisse dar. Darauf der Kanzler: *„Das müssen Sie dem Reichstag sagen, wie Sie es mir gesagt haben."* Zum Schluß versichert er ihm: *„Sie können mich als ihren Verbündeten ansehen; wir werden zusammen vorgehen."* Das Projekt, das Land zum Kronprinzenland zu machen, könne nicht ausgeführt werden, man müsse an eine Statthalterschaft denken. Ferner: *„Es sei seine Absicht, Elsaß-Lothringer in die höheren Regierungs- und Verwaltungsstellen zu berufen."* Schneegans nennt ihm Namen von Leuten, die in Frage kommen könnten, Bismarck notiert sich diese. Auch müsse der Vertreter Elsaß-Lothringens beim Bundesrat auf jeden Fall ein Elsaß-Lothringer sein. Bismarck riet Schneegans, im Reichstage einen Antrag in dem Sinne des soeben Besprochenen einzubringen (Schneegans S. 381).

Schneegans beriet sich mit seinen Parteifreunden und ihren Freunden im Reichstage und formulierte am 26. Februar den Antrag: *„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalte."* (Schneegans S. 390).

Auch im Landesausschuß wurde unter Kleins Führung ein ganz ähnlicher Antrag eingebracht: *„... daß Elsaß-Lothringen eine selbständige Regierung als Bundesstaat mit Vertretung im Bundesrat, und die Regierung im Lande selbst erhalte."* (Schneegans S. 390).

Als während einer weiteren Sitzung mit Bismarck dieser und Schneegans über den Eintritt von Elsaß-Lothringern in die Regierung sprachen, habe der Fürst gelächelt und gesagt: *„Sie sind ein Optimist! Sie werden schließlich von Ihren Freunden im Stich gelassen werden."* Schneegans erwiderte: *„Das darf ich nicht glauben, es hieße ja, unser ganzes Programm verleugnen"*. Darauf Bismarck: *„Wir werden sehen! Was mich betrifft, so bin ich bereit."* (Schneegans S. 392).

Am 5. März stand fest, daß der Kaiser das „Kronprinzenprojekt" ablehnte, Bismarck meinte, man müsse sich auf die einfache Statthalterschaft zurückziehen (Schneegans S. 393).

Am 21. März 1879 kommt der Antrag auf die Tagesordnung im Reichstag. Schneegans als erster Antragsteller erhält auch als erster das Wort zur Begründung. Das beantragte Gesetz solle der elsaß-lothringischen Bevölkerung dazu helfen *„eine Sachlage zu schaffen, die den Elsaß-Lothringern erlaube, aus dem drückenden Zustande eines eroberten Landes sich heraufzuschwingen zu dem Rechtszustande eines den übrigen deutschen Ländern gleichberechtigten Staatswesens."* (Schneegans S. 394). Dazu sei notwendig: *„1) Die Verlegung der mit Vollmachten ausgerüsteten Regierung nach Straßburg. 2) Die Erweiterung der Befugnisse des Landesausschusses, namentlich die Verleihung der Rechte der Initiative an diese Körperschaft – und die Vermehrung der Zahl ihrer Mitglieder. 3) Eine Vertretung im Bundesrate, welche in allen Reichs- und Verfassungsangelegenheiten eine rein konsultative wäre und demnach das jetzt bestehende Stimmverhältnis der Bundesstaaten nicht erschüttern, nicht verändern würde."* (Schneegans S. 396).

Diese letzte Einschränkung hing mit der komplizierten Reichsverfassung zusammen, jeder Bundesfürst wachte eifersüchtig über das Gewicht, das sein Land im Bundesrate hatte. Es ging den Antragstellern ja auch nicht um des Reiches Angelegenheiten, sondern um regionale des Landes Elsaß-Lothringen.

Bismarck stimmte dem Antrage zu, wies allerdings auf die Haltung der ersten Reichstagsabgeordneten hin, die seine Begeisterung *„diese alten Reichslande wiedergewonnen zu sehen"* etwas gedämpft haben. *„Wir werden daher doch immer alles, was wir diesem Lande an Autonomie konzedieren, alles, was ich im Jahre 1871 nach Ausweis meiner damaligen öffentlichen Rede bereit war zu konzedieren, immer unter dem Gesichtspunkt betrachten müssen, ob es mit der Sicherheit der Reichslande, ob es mit der Sicherheit des Reiches auch in weniger friedlichen Zeiten ... verträglich sein wird. Ich bin ganz bereit, bei den verbündeten Regierungen zu befürworten, daß wir den Reichslanden das höchste Maß von Selbständigkeit gewähren, was mit der militärischen Sicherheit des Reiches auf dieser Seite verträglich ist."* (Schneegans S. 398). Das war eine Einschränkung also im Hinblick auf die teils von Frankreich in das Land hineingetragene Agitation, teils auf die Haltung von Männern wie Teutsch, Simonis, Winterer, Guerber. Kein Zweifel, die Protesterklärung hat dem Revanchegedanken in Frankreich einen Dienst geleistet. Dem Lande aber? Es war ein Mißtrauen gesät worden, das damals viele gedeihliche Ansätze erstickt hat, erst die Aktion der Autonomisten hat einen guten Teil des Mißtrauens abgebaut und neue Wege aufgezeigt.

So wurde denn auch der Antrag am 27. März 1879 vom Reichstag fast einstimmig angenommen. (Schneegans S. 403). Die Regierung brachte darauf einen entsprechenden Verfassungsentwurf ein, der am 1. Juli gebilligt wurde. An die Stelle eines Oberpräsidenten kam ein Statthalter. Der Kaiser ernannte als ersten den Generalfeldmarschall von Manteuffel, der von dem besten Willen beseelt war, jedoch die französische Bourgeoisie derart hofierte in der Hoffnung, sie durch eine solche Haltung zu gewinnen, daß er ihr zuliebe ehrlich deutsch gesinnte Elsaässer zurücksetzte, wie z. B. Pfarrer Karl Hackenschmidt, der wegen seiner deutschen Gesinnung vom Statthalter des Kaisers nicht zum Professor an der Straßburger Universität ernannt wurde, dies hätte die frankophilen Kreise beleidigen können. Dies nebenbei. Es ging nach der Zubilligung dieses ersten Schrittes zur Autonomie jetzt darum, außer der Statthalterstelle die übrigen hohen Stellen in der Regierung zu besetzen und zu einem Teile mit Elsässern, wie Bismarck es in Aussicht gestellt hatte.

Bereits zwischen der zweiten und der dritten Lesung der Gesetzesvorlage waren mit Elsässern Unterhandlungen aufgenommen worden, um ihnen Stellen im Ministerium anzubieten, so hatte man Klein das Ressort des Innern und des Handels und Köchlin das der Finanzen angeboten. Doch schienen die Verhandlungen *„...kein günstiges Ergebnis erhalten zu sollen, da die Elsässer zu zögern und nicht annehmen zu wollen schienen."* (Schneegans S. 409). Schneegans sah voraus *„...daß im Falle einer wirklichen Weigerung der Elsässer, in die Regierung einzutreten, die Autonomie ein jämmerliches Fiasko machen würde. Das Elsaß würde sich ganz lächerlich machen: Seit Jahren verlangte es, sich selbst regieren zu dürfen; man gab ihm die Mittel dazu, nachdem man jahrelang dafür gekämpft, und nun sollte es sich zurückziehen...?"* (Schneegans S. 409).

So kam es aber! Bismarck hatte nach dem oben gebrachten Zitat die Haltung der Feinde wie der Freunde von Schneegans besser erkannt als dieser.

Als erstem wurde Jules Klein die Stellung eines Unterstaatssekretärs angeboten. Gegen diesen war aber sowohl aus elsässischen Kreisen wie aus solchen der altdeutschen Beamtenschaft eine derartige Hetze entfacht worden, daß er den Mut nicht fand, anzunehmen, und zum Entsetzen von Schneegans ablehnte: *„Das war der härteste Schlag, der uns treffen konnte. Die Partei war tot, unser ganzes Programm vernichtet, ja – was noch schlimmer ist – es war der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Ablehnung Kleins wurde im gegnerischen Lager mit Jubel aufgenommen."* (Schneegans S. 418).

Schneegans versuchte zu retten, was zu retten war: *„Ich drang mit Ferdinand Schneegans und North in Klein ein, damit er die Ablehnung zurücknähme. Schließlich bedauerte auch Klein seinen Entschluß und bat mich am 26. August, Puttkamer zu schreiben, daß er seine Ablehnung zurückzöge. Ich tat es. Es war zu spät. Die Ablehnung Kleins war nach Berlin telegraphiert worden. Der geheime Legationsrat Baron von Holstein erzählte mir später, daß Bismarck, als er die Ablehnung erfuhr, sehr aufgebracht gewesen sei. Er habe ausgerufen, daß jetzt alles vorbei sei; er wolle nicht weiter auf die Mitwirkung von Männern zählen, die im entscheidenden Moment ihr Programm verließen. ...Er fügte hinzu, mit der Autonomie sei es jetzt für lange Zeit aus...“* (Schneegans S. 418).

Das Elsaß hatte sich in diesem Falle tatsächlich als „der Hans im Schnakenloch“ erwiesen, der alles hat, was er will *„doch was er hat, das will er nicht und was er will, das hat er nicht.“* Eine Sternstunde hatte sich angeboten, Elsaß-Lothringen hatte sie vorbeigehen lassen. Die Hetze der Protestler – angestoßen von Paris und von der „Ligue d'Alsace“, die ihrerseits mit Männern wie Gambetta zusammenarbeitete – hatte die Bemühungen der Autonomisten und der zahlreichen den Elsaß-Lothringern wohlgesonnenen Kreise in Berlin zunichte gemacht. Es hatte nicht jeder den klaren Blick für die Lage und die Standfestigkeit, erbitterten und gehässigen Feinden zu trotzen. Vorerst war es mit der Autonomie des Landes, die zum Greifen nahe gewesen war, vorbei. Ein Statthalter war ernannt, Staatssekretäre auch, aber keiner von ihnen war gebürtiger Elsaß-Lothringer, da diese versagt hatten. Es mußte also von vorne angefangen werden.

Bismarcks Enttäuschung und Ärger sind zu verstehen, denn er war voll des besten Willens, dem Lande entgegenzukommen. Freilich, politisch war seine Haltung nicht richtig, denn die Zeit drängte. Für das Reich war es nicht nur wichtig, daß die Elsaß-Lothringer ihre neue Staatszugehörigkeit anerkannten, es war auch wichtig, daß dies so schnell wie möglich geschehe. Er selbst hatte gesagt, große Geduld sei nötig, das Reich dürfe nicht zu viel regieren wollen. Dennoch, die Schuld daran, daß die Elsaß-Lothringer so lange von den eigentlichen Regierungsgeschäften fern bleiben mußten, liegt eindeutig bei den französischerseits so hoch gefeierten Protestlern, die zwar konsequente französische Politik betrieben haben, doch nicht elsaß-lothringische, nicht die, die ihren Wählern eine ruhigere und sicherere Zukunft verschafft hätte. Und das wäre ihre eigentliche Aufgabe gewesen, so wie die Autonomisten sie auffaßten, die von zuhause aus kein bißchen weniger französisch eingestellt gewesen waren, denen aber das Wohl ihrer Heimat wichtiger war als der Ingrimm von Frankreichs Führung wegen der französischen Niederlage in einem mit frevelhaftem Leichtsinn vom Zaune gebrochenen Kriege.

Nun dauerte es über 30 Jahre, bis die immer stärker verlangte Autonomie 1911 gewährt wurde. Auch da noch nicht ganz, aber doch mit einem Parlament, das nach den modernsten Grundsätzen der Demokratie gewählt wurde. 1918 mit der Ernennung von Rudolf Schwander zum Statthalter und Karl Hauß zum Staatssekretär, also zum Ministerpräsidenten, war sie vollständig erreicht. Zu spät allerdings und gegen Ende eines fürchterlichen Krieges, den nicht zuletzt die Mär von den armen unterdrückten Elsaß-Lothringern provoziert hatte, die jedoch unmöglich derart penetrant hätte propagiert werden können, wenn Elsaß-Lothringen schon zwei Jahrzehnte früher die Selbstregierung gehabt hätte, wie andere deutsche Bundesstaaten, und so wie sie schon 1879 in greifbare Nähe gerückt war.

Es besteht kein Zweifel: Die Politik der Protestler mit ihrer Hetze gegen alle, die sich auf den Boden der vom Frankfurter Frieden geschaffenen und offiziell von Frankreich anerkannten Tatsachen stellten, war erfolgreich, hat das erreicht, was sie bezweckte, keine Ruhe

einkehren zu lassen. Aber die in jedem elsaß-lothringischen Orte stehenden Kriegerdenkmäler, auch die in Frankreich, Italien, England, Amerika, Deutschland stehenden, sind ein Zeugnis dafür, daß sie dennoch falsch war.

Falsch war auch sehr vieles, was die deutschen Behörden durchführten, oft sehr kurzsichtig, aber es ist verkehrt, wenn man der Regierung des Reiches es anlastet, in jedem Falle daran schuld zu sein, daß die Elsaß-Lothringer so spät ihren eigenen Bundesstaat erhielten, die primäre Ursache, daß dies geschah, liegt bei jenen, die bewußt, fahrlässig oder aus Furcht vor nationalistischer Hetze die durch Bismarck 1879 gebotene Gelegenheit in den Wind schlugen. Was sie damit anrichteten, konnten sie wohl nicht ermessen, wir haben es aber ausbaden müssen.

Noch etwas hat die Autonomisten daran gehindert, ihr Anliegen schon damals zum vollständigen Siege zu führen: Sie waren alle liberal in einem zu 75 Prozent katholischen Lande, das durch den Kulturkampf aufgewühlt war. Am radikalsten antiklerikal war ihr Wortführer Schneegans. Zu den katholischen Abgeordneten, vor allem zu den gewählten Priestern, konnte er keine ersprießlichen Beziehungen haben. Auch Bischof Raeß, der keineswegs zu den Unversöhnlichen zählte, hatte erklärt, mit Schneegans könne er nicht zusammenarbeiten. Schneegans hat dies schließlich erkannt, wenn es ihn auch bitter ankam. So nahm er denn die Stelle eines Konsuls in Messina an, um sich einige Zeit aus dem Elsaß zu entfernen. Er starb aber 1898 als Generalkonsul in Genua, ohne daß er erneut Gelegenheit gehabt hätte, seiner Heimat zu dienen.

Wichtig war uns, zu zeigen, daß es den Organen des Reiches, vor allem des ersten Kanzlers, des Reichstages und der kaiserlichen Familie, ernst mit dem Wunsche war, dem Lande möglichst bald eine Autonomie zu gewähren. Wir denken, die übereinstimmenden Aussagen Bismarcks, Dürckheims und Schneegans' dürften überzeugen, daß es so gewesen ist.

Benütztes Schrifttum:

Otto von Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 11. Reden 1869–1878. Otto Stollberg Verlag, Berlin („Bismarck“)

Fritz Bronner. Die Verfassungsbestrebungen des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen (1875–1911) Winters Universitäts-Buchhandlung, Heidelberg, 1926 („Bronner“)

Ferdinand Eckbrecht Graf Dürckheim-Montmartin. Erinnerungen aus alter und neuer Zeit. 4. Auflage. Stuttgart. („Dürckheim“)

Hermann Hiery. Reichstagswahlen im Reichsland. Droste Verlag, Düsseldorf, 1986 („Hiery“)

August Schneegans. Memoiren. Ein Beitrag zur Geschichte des Elsasses in der Übergangszeit. Berlin 1904. („Schneegans“)

Fritz Naschold. Zur Kritik der Memoiren von August Schneegans, 1936